

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

25.9.1931 (No. 223)

Schritte, sondern nur Rückschlüsse verzeichnen könne. Es genüge eben nicht, daß der Völkerbund nur den Ländern predige, sie möchten auf den nationalen Egoismus verzichten. Die Staaten müßten nun die moralische Freiheit für sich verlangen, so zu handeln, wie es ihre nationalen Bedürfnisse erfordern, um ihre Arbeiter beschäftigen zu können. Der schweizerische Vertreter betonte dabei ausdrücklich, er gehe nicht so weit, jenen Ländern (vor allem Deutschland), welche gezwungen sind, ihren Export mit allen Mitteln zu steigern, Dumping vorzuwerfen.

Die deutsche Entgegnung war scharf und eindeutig und unterstrich die prinzipielle Bedeutung der Auseinandersetzung. Der deutsche Vertreter, Dr. Hoffe, führte aus, daß wir gegenwärtig in einer Periode stehen, in der die weltwirtschaftliche Verflechtung zum Schaden aller Staaten immer mehr zerrissen und Europa zerfallen werde. Man werde sehen, wie schwer der Wiederaufbau sei, je später man daran gehe. Dabei wies er deutlich darauf hin, wer die Verantwortung dafür zu tragen habe, daß ein Umsturz des europäischen Wirtschaftssystems mit den allerhöchsten Folgen drohe. Deutschland befindet sich eben in der Zwangslage, mit Rücksicht auf seine internationalen Zahlungsverpflichtungen seinen Export mit allen Mitteln zu steigern und seine Einfuhr einzuschränken. Die deutschen Vorwürfe richteten sich so nicht gegen die Schweiz, sondern vor allem — ebenso wie auch die Ausführungen des schweizerischen Vertreters — gegen die destruktive internationale Wirtschaftspolitik, die ja in so kräftigem Gegensatz zu den vielen schönen Reden steht, die immer wieder in Genf und andernwärts gehalten werden.

Von schweizerischer Seite wurde auch über die Folgen der deutschen Devisenzwangswirtschaft Klage geführt, welche die Einfuhr von Waren nach Deutschland praktisch bereits kontingentiere, so daß im ersten Halbjahr 1931 Deutschland zwar für 307 Mill. Schweizer Franken Waren nach der Schweiz geliefert habe, aber nur für 113,4 Mill. Franken Waren der Schweiz abnahm. Der Schweiz muß gesagt werden, daß auch dies natürlich eine Folge der Tributzahlungen ist, und gleichfalls beweist, welch großes Interesse auch die neutralen Länder an der Neuordnung der internationalen Verschuldung und einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Warenproduktion haben. Dabei steht es trotz der Ausführungen, welche der französische Finanzminister Blandin neuerdings in Genf machte, fest, daß gerade die Hauptgläubigerländer Deutschlands nicht nur durch verstärkte Produktion, sondern auch durch Zollschranken und Einfuhrbehinderungen (so die französische Sperre gegen die deutsche Holzinfuhr) sich gegen die Einfuhr deutscher Waren sträuben.

Daß England tatsächlich nun eine Devalorisierung seiner Währung vornimmt, d. h. eine Stabilisierung des Pfundes auf einem niedrigeren Goldkurs, ist anzunehmen, zumal wenn es gelänge, Preissteigerungen im Inland trotz des Abnehmens des Pfundkurses zu verhindern, denn dann würden die gegenwärtigen Löhne, d. h. ein erheblicher Teil der Herstellungskosten für Gewinnung und Herstellung von für den Export bestimmten Produkten und Waren tatsächlich niedriger, und England könnte wirkungsvoller als Konkurrent auf den internationalen Märkten auftreten. Das würde natürlich die deutsche Wirtschaft wieder mit neuen Schwierigkeiten bedrohen, zumal Deutschland — aus Gründen, die wir an dieser Stelle schon darlegten — nicht imstande ist, gleichfalls mit einer bewußten Devalorisierung zu folgen. Der deutsche Wareneport nach England hatte 1930 einen Wert von 1219 Mill. Reichsmark, während der Wert der englischen Einfuhr nach Deutschland nur 639 Mill. Reichsmark betrug, so daß die deutsch-englische Handelsbilanz mit 580 Mill. Reichsmark im letzten Jahr für Deutschland aktiv war. England ist also einer unserer besten Kunden und eine Verringerung unseres Gewinns aus diesem Handelsverkehr müßte uns schwer treffen.

Zunächst ergeben sich, angesichts der bereits vorhandenen Hypozentigen Entwertung des Pfundes erhebliche Besorgnisse wegen der englischen Kohle, mit deren verstärktem Eindringen in das sogenannte befristete, für England besonders fruchtbringend liegende Gebiet zu rechnen ist. Hier könnte allerdings bei der gegenwärtigen Regelung der Devisenbeschaffung die Devisenbeschaffungsstelle Kiesel vorschoben. Außerdem wird aber etwa die Hälfte der Fakturen beim Ruhrkohleexport in Pfundwährung ohne Valutaklausel ausgestellt, wobei sich bei den zum Teil langfristig laufenden Abträgen bereits jetzt erhebliche Verluste für die deutsche Volkswirtschaft ergeben, zumal es sich hier schon an und für sich um Kampfpreise handelt. Ähnlich sieht es im internationalen Eisengeschäft nicht nur für Deutschland aus, wenn auch bisher nicht alle Auslandslieferungen in Pfund abgeschlossen wurden. Der deutsche Stahlwerksverband will nun an Stelle der Pfund- und Dollarfakturierung einführen. Die Eisenindustrie hat übrigens hier einen Ausgleich, da sie für Erzielungen, Finanzkredite usw. sehr erhebliche Pfundverpflichtungen hat, die sie nun billiger abdecken kann.

Gedenkfeier an der Grabstätte von Friederike Brion. Am kommenden Sonntag, nachmittags 12 Uhr wird an der erneuerten Grabstätte von Friederike Brion in Weissenheim (Amt Lahr) eine Gedenkfeier abgehalten werden. Eine Anzahl prominenter Persönlichkeiten aus ganz Deutschland werden der Feier anwohnen.

Der Mandschurei-Konflikt

Die japanische Antwort in Genf eingetroffen
Genf, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Im Völkerbundsekretariat ist heute vormittag die Antwort der japanischen Regierung auf die Vorschläge des Völkerbundesrates zur Beilegung des chinesisch-japanischen Konfliktes eingegangen. Diese Note, deren Wortlaut alsbald veröffentlicht werden soll, wird in maßgebenden Kreisen recht günstig beurteilt.

Japanische Beschlüsse

W.W. Paris, 25. Sept. (Tel.) Der Korrespondent des „Petit Parisien“ in Shanghai berichtet, daß die vier einflussreichsten japanischen Minister gestern beschlossen hätten:

1. daß Japan seine Stellungnahme im mandschurischen Konflikt den Mächten in einem Manifest auseinandersetzen werde,
2. wenn die Lage in Charkin sich verschärfen sollte, würden die japanischen Einwohner nach Tschangtschun geschafft werden, jedoch Japan die ostchinesische Eisenbahn nicht besetzen,
3. die Japaner würden, sobald die Ordnung wieder hergestellt sein werde, Kirin räumen.

Der Korrespondent teilt mit, daß mit dieser Räumung bereits begonnen sein soll.

Note Simons an Japan und China

W.W. Washington, 25. Sept. (Neuter.) In der von Staatssekretär Simons an China und Japan gesandten Note heißt es: „Angesichts des aufrichtigen Wunsches des amerikanischen Volkes, daß die Prinzipien und Methoden des Friedens in internationalen Beziehungen gelten sollen und angesichts des Vorhandenseins von Verträgen, die zum Teil von den Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichnet sind, und deren Bestimmungen die Erleichterung von Streitigkeiten ohne Gewaltanwendung regeln sollen, fühlt sich die amerikanische Regierung befugt, der chinesischen und der japanischen Regierung ihre Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, daß sie ihre Streitkräfte veranlassen werden, von weiteren Feindseligkeiten Abstand zu nehmen, daß sie ihre Streitkräfte so verteilen werden, daß die Erfordernisse des Völkerrechts und internationaler Vereinbarungen erfüllt werden, und daß sie Handlungen unterlassen werden, die das Zustandekommen einer gütlichen Beilegung ihrer Differenzen gefährden könnten.“

Frankreich gegen Rüstungspause

In der Donnerstagsitzung des Abrüstungsausschusses in Genf kritisierte der französische Vertreter Magill den italienischen Vorschlag einer Rüstungspause als „nicht praktisch“. Er schlug schließlich vor, daß die Versammlung sich entweder darauf beschränken solle, einen Bunsch hinsichtlich der Nichtvermehrung der gegenwärtigen Rüstungen auszusprechen, oder aber den Völkerbund ersuchen solle, die Regierungen aufzufordern, ihre Vertreter in der Abrüstungskonferenz mit der notwendigen Instruktion zu versehen.

Weltkirchenkonferenz in Wiesbaden. Der Kirchenbund Faith and Order, der aus 137 Mitgliedern aller christlichen Kirchen der Welt (außer der katholischen) besteht, hat beschlossen, seine nächste Tagung im August 1932 in Wiesbaden abzuhalten. Den Vorsitz wird Erzbischof Temple von York führen.

Rüstungseinschränkung in Dänemark. Der dänische Ministerpräsident Stauning erklärte bei der Eröffnung des Reichstages, daß sofort eine Vorlage über die Umwandlung von Meer und Flotte in ein Nachtragsgesetz und eine Staatsmarine eingebracht wurden. Der Gesetzesvorschlag eröffne die Möglichkeit einer sehr großen Herabsetzung der staatlichen Ausgaben.

Der englische Nachtragset in Höhe von 20 700 000 Pfund Sterling ist veröffentlicht worden. Von dieser Summe werden 13 700 000 Pfund für die Arbeitslosenversicherung und 7 Millionen Pfund als weiterer Voranschlag für den Wegebau benötigt.

Arbeitslosenunruhen in Schottland. In Dundee (Schottland) kam es gestern abend im Anschluß an Arbeitslosenunruhen in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenstößen mit der Polizei und den Demonstranten. 13 Personen wurden leicht verletzt, über 20 verhaftet.

„Graf Zeppelin“ auf dem Rückflug

W.W. New York, 25. Sept. (Tel.) Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Pernambuco ist „Graf Zeppelin“ heute früh 3.15 Uhr zum Rückflug nach Friedrichshafen gestartet.

Kleine Chronik

Drei maskierte Räuber drangen Donnerstagabend in das Pfarrhaus in Wiede an der Ruhr ein. Nachdem sie den Pfarrer, seine Haushälterin, und ein Dienstmädchen gefesselt hatten, raubten sie Geld und anderes. Am Montagabend wurde ein ähnlicher Überfall auf das Pfarrhaus in der Gemeinde Herkenrath bei Bensberg verübt.

In Gera (Thüringen) erfolgte heute, Freitag, morgen eine Doppelhinführung. Es handelt sich um den Raubmörder Behold aus Schleiz, der vom Geraer Schwurgericht wegen Ermordung einer Arbeiterin aus Tanna zum Tode verurteilt worden ist, und den in Rudolstadt wegen Mordes an seiner Ehefrau und seiner Wirtschaftlerin zweimal zum Tode verurteilten Landwirt Kloppe aus Zwabitz bei Kahl. Beide hatten Begnadigungsgesuche eingereicht, die aber verworfen wurden. Die Hinrichtung erfolgte durch das Beil durch einen Magdeburger Scharfrichter.

Der von der Staatsanwaltschaft Stettin wegen Raubmordes gesuchte 35jährige Mechaniker Karl Graf wurde am Donnerstagabend in einem Lokal am Schlesischen Bahnhof in Berlin festgenommen. Wie bereits gemeldet, ist der andere Täter in Kiel verhaftet worden.

Auf Veranlassung des Tierchutzvereins Wien, sollen hunderte von Schwärmen, die auf ihrem Flug nach dem Süden durch den Wettersturz aufgehalten wurden, und dem Verkommen ausgesetzt sind, mit Flugzeugen über die Alpen befördert werden. Die Tiere, die allenthalben an Gebäuden Schutz suchen und sehr zutraulich geworden sind, lassen sich leicht einfangen. Am Samstag fliegt ein großes Flugzeug eigens zu diesem Zweck nach Venedig.

Meldungen aus Batavia zufolge, ist der Insel-Bulkan Krakatau wieder in Tätigkeit. Es erfolgten Ausbrüche, die die Höhe von 200 Metern erreichten. Die Feuergeräusche sind sehr hörbar.

Bei einem Bahnübergang bei Tungsboro (Massachusetts) überfuhr der Montreal-Express ein Auto, wobei fünf Personen, Angehörige eines vornehmen Klubs, den Tod fanden.

Einschränkung der Arbeitszeit

Grundsätzlich entsprechende Lohnföhrung

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag die Durchführungsbestimmungen für die Einschränkung der Arbeitszeit ohne wesentliche Änderungen mit Mehrheit. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Verhandlungen der Reichsregierung gegen Herabsetzung der Arbeitszeit in einigen Erwerbszweigen schon zu Erfolgen geführt hätten. Soweit im Wege der Vereinbarung eine Herabsetzung nicht zustande komme, werde die Reichsregierung genötigt sein, in den Fällen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es zulassen, von dem Recht Gebrauch zu machen, im Einzelfalle mit Zustimmung des Reichsrats die Arbeitszeit herabzusetzen. Die Durchführungsbestimmungen sehen grundsätzlich eine Verkürzung der Vergütung entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit vor. Nur da, wo in laufenden Tarifverträgen eine günstigere Regelung zugunsten des Arbeitnehmers schon vorgesehen war, soll festgehalten werden.

Der Vorschlag im Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie

W.W. Berlin, 25. Sept. (Tel.) Der Reichsverband der deutschen Industrie teilt mit: In der Präsidialsitzung am 25. d. M. nahm das Präsidium Kenntnis von dem Rücktritt seines Vorsitzenden, Geh. Rat Dürberg. Das Präsidium wählte einstimmig Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zum neuen Vorsitzenden. Es nahm weiter Kenntnis davon, daß turnusgemäß am Schluß des Jahres die Herren Frohwein und Hilger aus ihrem Amt als stellvertretende Vorsitzende ausscheiden. Die Ersatzwahlen für die beiden ausscheidenden Herren finden noch im Laufe dieses Jahres statt.

Kurze Nachrichten

Die Deutsche Volkspartei demotiert. Zu der verschiedentlich in der Presse aufgestellten Behauptung, Abg. Dingelhey habe den Wunsch, in das Reichskabinett einzutreten, wird von maßgebender volksparteilicher Seite mitgeteilt, daß diese Nachrichten nicht den Tatsachen entsprechen.

Höheren Zollerzoll verlangt. Die Reichstagsfraktion des Deutschen Landvolks in einem Antrag. In einem weiteren Antrage erludt das Landvolk die Reichsregierung, durch die Aufnahme der Kennlichmachung ausländischer Agrarprodukte beim Verkauf die Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft des Obst-, Gemüse- und Weinbaues vor weiterem Preisverfall zu schützen.

Wegen Spionage zugunsten einer ausländischen Macht wurden in Fulda drei Personen festgenommen. Es handelt sich um die Kaufleute Krause und Kropf aus Fulda und den Baumaterialienhändler Wöfler aus Hünfeld. Es ist ihnen bereits nachgewiesen worden, daß sie mit Agenten eines fremden Landes in Verbindung gestanden haben. Es soll sich um militärische Spionage handeln.

Kürzung der Berliner Magistratsgehälter. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde ein deutschnationaler Antrag auf Kürzung der Magistratsgehälter angenommen. Danach sollen in Zukunft erhalten: Der Oberbürgermeister ein Jahresgehalt von 27 000 RM, dazu eine nichtübergehaltfähige Aufwandsentschädigung von 10 000 RM; die Bürgermeister erhalten 22 000 RM, und 3000 RM Aufwandsentschädigung, die Stadträte im Magistrat sollen 16 000 RM, und die Bezirksbürgermeister die gleiche Summe erhalten. Stadträte im Bezirk sollen mit 8 400—12 600 RM. bedollet werden.

Gemeindeverordnungen

Neues Sparen in Heidelberg. Die Kassenlage der Stadt Heidelberg hat sich weiter verschlechtert. Der Stadtrat wird, wie der Oberbürgermeister mitteilte, schon in den nächsten Tagen weitere Sparmaßnahmen vornehmen. — Der Stadtrat bewilligte für die Rettung der Rotmieschachtel 10 000 RM.

Die abgeordnete Gemarlung „Schweizinger Hardt“. Am Dienstag kommenden Woche findet in Schweizingen eine Sitzung des Bürgerausschusses statt, dem u. a. ein Vertrag zwischen dem Badischen Landesfiskus (Domänenamt) und der Stadtgemeinde Schweizingen über die Aufteilung der abgeforderten Gemarlung „Schweizinger Hardt“ zur Bestimmung vorgelegt wird. Die Gesamtfläche der abgeforderten Gemarlung umfaßt rd. 3326 Hektar, darunter 3119 Hektar ertragsfähige Waldfläche. Davon erhalten nach der endgültigen Regelung angeeignet: Schweizingen rund 700 Hektar, Ostersheim rund 685 Hektar, Sandhausen rund 606 Hektar, Waldorf rund 275 Hektar, Gudenheim rund 688 Hektar, Neillingen rund 288 Hektar, St. Ilgen rund 234 Hektar.

Deutsche Dichter als Maler und Zeichner

Ausstellung des Städtischen Schloßmuseums, Mannheim

„Diese Ausstellung will die geheimnisvollen Wechselbeziehungen erkennen lassen, die zwischen Dichter und Malerei bestehen. Nicht Wechselbeziehungen allgemein ästhetischer Art, sondern solche, die innerhalb ein und derselben Künstlerpersönlichkeit nach Ausdruck ringen.“ So leitete Museumsdirektor Professor Dr. Walter seine Worte zur Eröffnung der Ausstellung ein, die vorher schon im Heidelberger Kunstverein gezeigt wurde, hier aber auf wesentlich erweiterter Grundlage neu gruppiert, geordnet, aber auch anders abgeordnet, mannigfach erweitert und ergänzt wurde. Der für die Heidelberger Ausstellung geschaffene Katalog in der ausgearbeiteten Bearbeitung Kurt Martins, wurde auch dieser Ausstellung zugrunde gelegt. Sie reicht von Grimmschwestern, Salomon Gessner, Walter Müller und Goethe über E. Th. A. Hoffmann, Gottfried Keller, Wilhelm Busch, Hans Thoma und viele andere bis in die Gegenwart. Sie erbringt den Beweis überraschender Häufigkeit dichterischer und bildnerischer Doppelbegabung.

Aber nur in den Spitzenleistungen kann von einer wirklichen Doppelbegabung in höherem Sinne die Rede sein. In vielen Fällen handelt es sich um eine gelegentliche mehr biographisch und literarisch als künstlerisch bemerkenswerte Betätigung des Dichters mit Zeichenstift, Radierstab oder Pinsel. Aber diese Durchdringung und Befruchtung zweier Künste ist in ihrer Anschaulichkeit außerordentlich interessant, namentlich wenn in einzelnen Fällen die Entscheidung getroffen werden muß, ob die Individualität mehr zur Malerei oder zur Dichtung hingezigt. Manchmal ergeben sich, wie schon erwähnt, besonders kraftvolle, selbständige Leistungen. Man beschauet nur die Aquarelle eines Max Dauthenbein, die prächtigen, sonnenbuntdurchfluteten Landschaften eines Hermann Gesse und die Bilder eines Hermann Furte-Sträbe. Der Reiz dieser Ausstellung geht also über das literarische oder kunstwissenschaftliche Interesse hinaus. Sie verdient gerade in den schönen Räumen unseres Schlosses, die für solche Veranstaltungen die genügende Breite und Trennungsmöglichkeit besitzt, die Beachtung aller Kunstfreunde. A. Lehmann.

Badischer Teil

Finanzminister Rheinboldt †

Wie aus Zürich gemeldet wird, ist dort der frühere badische Finanzminister Rheinboldt an einem Herzschlag gestorben. Dr. Joseph Rheinboldt, der Finanzminister der früheren großherzoglich badischen Regierung, hat im Dezember vorigen Jahres seiner 70. Geburtstag gefeiert, wozu ihm auch die badische Regierung ihre Glückwünsche ausgesprochen hatte. Er ist 1860 in Singheim geboren. 1884 wurde er Finanzpraktikant, 1890 Finanzassessor bei der Golddirektion, 1892 Finanzrat, 1900 Reichsbevollmächtigter für Zölle und Steuern in Magdeburg, in demselben Jahre Geh. Finanzrat. 1906 erfolgte sein Übertritt in den Reichsdienst, 1909 wurde er Ministerialdirektor im badischen Finanzministerium und stellvertretender Bevollmächtigter im Bundesrat mit dem Wohnsitz in Berlin. Im Jahre 1910 wurde Dr. Rheinboldt badischer Finanzminister. Bei der Staatsumwälzung erfolgte sein Rücktritt mit dem damaligen Kabinett von Bobman. Dr. Rheinboldt war hierauf als deutscher Generalkonsul in Zürich tätig bis zu seinem Übertritt in den Ruhestand. Er war Ehren doktor der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg.

Das Spargutachten im Landtag

62. Sitzung.

D. J. Karlsruhe, 24. Sept. 1931.

Zunächst wird eine kurze Anfrage des Abg. Heil (Zentr.) erledigt. Sie betrifft die Änderung der Vermessungsgebühren, die vom Finanzminister zugesagt wird. Präsident Duffner dankt dem Badenwerk für die Überlassung des vom Brandischen wiederhergestellten Bildes der Schwabenbadlshalle.

Darauf wird die Aussprache über

die Sparvorschläge zur Justizverwaltung

fortgesetzt. Abg. Böning (Komm. P.) bekämpft die heutige Justiz. Er vermisst das Sparen von oben. Die Schaffung der vier Ministerstellen sei unnötig gewesen. Die Kommunisten stellen weitgehende Streichungsanträge. Die Aufhebung und Zusammenlegung von Amtsgerichten lehnen sie ab, weil damit nur eine Erschwerung für jene verbunden wäre, die mit den Gerichten zu tun hätten.

Staatspräsident und Justizminister Dr. Schmitt

weist den Vorwurf des Vorredners zurück, daß „ein Staatsanwalt gelogen habe“. Abg. Böning möge den Namen nennen oder die Behauptung außerhalb der Immunität wiederholen (Zurufe der Kommunisten).

Abg. Gagler (Zentr.) entgegnet den Kommunisten, daß sich die Richter und Staatsanwälte keineswegs besonderer Vergünstigungen erfreuten. Das Zentrum trete ein für die Aufrechterhaltung der badischen Justizhoheit und ebenso für die Errichtung eines selbständigen Ministeriums aus politischen und sachlichen Gründen. Der Redner setzt sich mit dem Abg. Bauer auseinander und fährt dann fort, die badische Justizverwaltung habe gut funktioniert. Das Zentrum wehre sich gegen die Verwirklichung. In der badischen Justiz habe man schon bisher zu sparen verstanden, trotz erheblicher Arbeitsvermehrung. Hier könnte sich Württemberg ein Beispiel nehmen. Das Fürsorgewesen sei nach jeder Richtung zu unterstützen. Die Landgerichte Waldshut und Heidenberg müßten bleiben; an die Aufhebung und Zusammenlegung von Amtsgerichten dürfe nur gedacht werden, wenn damit wirkliche Ersparnisse erzielt würden. Die Aufhebung von Gegenbach sei ein Ding der Unmöglichkeit.

Der Präsident teilt mit, daß noch 9 Redner gemeldet seien. Er bittet, sich kurz zu fassen, da die Beratung über das Spargutachten auf Wunsch des Finanzministers noch diese Woche zu Ende geführt werden soll, und sei es durch Nachsitzungen.

Abg. Haas (Zentr.) beschäftigt sich mit dem badischen Notariats- und Grundbuchwesen. Er legt Wert auf tüchtige Hilfsbeamte. Die Nachahmung der württembergischen Vorschriften wäre ein Rückschritt. Der Hauptvorteil unserer Notariats- und Grundbuchorganisation sei, daß der Notar auf den Rathäufern in enger Fühlung mit der Bevölkerung stehe. Er sei zum Berater, zur Vertrauensperson des Landvolkes geworden. Daraus ergebe sich die Bedeutung der Außennotariate. Durch die im Spargutachten vorgeschlagenen Maßnahmen würden wesentliche Ersparnisse zur Zeit nicht erzielt. Man solle es bei der bewährten Organisation belassen. Besonders die Außennotariate des Bezirks Waldshut müßten erhalten bleiben. Kleine Grundbuchämter sollen mit dem einer Nachbargemeinde vereinigt werden.

Abg. Steinel (D. Wp.) führt aus, die Regierung werde aus der Debatte nur das eine entnehmen können, daß das Haus mit vielen Gedanken des Spargutachtens einverstanden sei. Aus der verfassungsmäßigen Struktur des Landes ergebe sich, daß das vierte Ministerium besetzt werden muß. Der Redner anerkennt, daß im Bereiche der Justizverwaltung schon seit Jahren außerordentlich viel gewirtschaftet wurde.

Abg. Weismann (Sozdem.) meint, es seien in letzter Zeit Artikel gegenüber Nationalsozialisten gefaßt worden, die sehr milde seien. Der Redner unterstreicht die grundsätzliche Forderung der Sozialdemokratie, die Justiz zu vereinfachen. Solange aber die Landeshoheit bestehe, bedürfe sie auch der Justizhoheit. Im übrigen schlägt er sich der Auffassung des Ausschusses an. Es würde schwierig fallen, die Fürsorgeerziehung den karitativen Anstalten allein zu übertragen. Die Kommunisten wollten die Fürsorgeerziehung überhaupt aufheben. Was aber wollen sie an deren Stelle setzen?

Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) stellt fest, daß der volkswirtschaftliche und sozialdemokratische Sprecher grundsätzlich für die Vereinfachung der Justiz seien. Die Koalitionsgewundenheit schließe es aber aus, daß sich eine Mehrheit dafür findet. Man könnte die Aufgaben der Justiz sehr wohl auf das Reich übertragen, zumal sich dafür namhafte Juristen ausgesprochen hätten.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) polemisiert gegen das Zentrum. Daß die Berliner Gesandtschaft aufgegeben wird, sei erfreulich. Im übrigen kämen alle Sparmaßnahmen zu spät. Im Spargutachten lägen schwere Sünden gegen die mittleren Beamten vor.

Staatspräsident Dr. Schmitt

macht gegenüber dem Abg. Köhler einige Feststellungen über die Thüringer und Braunschweiger Ministergehälter (Große Mehrheit und Bewegung im Hause. — Widerspruch der Nationalsozialisten).

Abg. Schmidt-Bretten (Bauernp.) erklärt, drei Ministerien würden für Baden vollkommen genügen. Die Verrückung über den drohenden Behördenabbau sei begreiflich. Dankenswerter Weise nehme der Staatspräsident einen anderen

Standpunkt ein, als das Spargutachten. Amtsgerichte sollten überhaupt nicht abgebaut werden.

Abg. Ewald (Soz. Volksd.) ist für Aufrechterhaltung der badischen Justizhoheit. Er wünscht eine Änderung in der Organisation der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach württembergischem Vorbild. Ganz wesentliche Ersparnisse glaubt sich der Redner von einer Vereinigung Badens und Württembergs versprechen zu können.

Abg. Rheinboldt (Sozdem.) hält eine Vertretung Badens in Berlin gerade in dieser Zeit für absolut notwendig, aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen. Der bisherige Gesandte Heil habe seine Aufgabe in durchaus zufriedenstellender Weise erfüllt. Der Redner betont, daß die sozialdemokratische Fraktion an der bisherigen Regelung festhalte, daß der Posten des Staatspräsidenten keineswegs abhängig ist von dem Posten des Justizministers. Die Geschäfte des Staatsministeriums müssen von einem in freier Wahl des Parlaments bestimmten Ressortminister mitbefragt werden. Der Redner polemisiert gegen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten wegen der Frage der Pensionen.

Ministerialrat Dr. Umbauer nimmt zu einigen Ausführungen der Abg. Ewald und Schmidt-Bretten über die Erziehungsanstalten Stellung. Den karitativen Rettungshäusern würde vom Staat keine Konkurrenz gemacht.

Abg. Bod (Komm. P.) ist für Abschaffung des Staatsministeriums. Der Redner begründet einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung.

Auf eine kurze Bemerkung des Staatspräsidenten folgen Ausführungen des

Abg. Dr. Fähr (Zentr.) über den Standpunkt der Spartommission hinsichtlich der Berliner badischen Vertretung. Die bezüglichen Auslassungen im Spargutachten stellen zum mindesten einen Mißgriff dar, der bei entsprechender Fühlungnahme vermieden worden wäre. Dieser Teil des Spargutachtens habe dem Lande nur geschadet. Der Redner erinnert an seine früheren Vorschläge für eine Umorganisation der Berliner Gesandtschaft, auf die das Gutachten nicht eingegangen sei. Die Zentrumstraktion würde im Interesse des Landes eine Regelung nicht mitmachen können, die für die Dauer darauf abzielt, den Posten des Berliner Gesandten unbesetzt zu lassen, und zwar im Interesse des Landes. Die Tätigkeit der Berliner Vertretung werde in weiten Kreisen der badischen Bevölkerung verkannt. Man denke nur an die sozialpolitischen Belange Badens, an die Tabakindustrie, an die Frage des Finanzausgleichs und die Wirtschaftsinteressen des Landes. Wir werden eine so wertvolle Einrichtung nicht zerfallen lassen, die im unitarischen Staat erst recht notwendig wäre. Die Anwesenheit der Landesregierungen in Berlin sei der Reichsbürokratie ein Dorn im Auge. Was das Staatsministerium beschloß, habe, betrachte das Zentrum lebhaft als eine Zwischenslösung. Die Persönlichkeit Heils habe an höchster Stelle in Berlin Anerkennung gefunden. Die Gesandtschaft sei durch ihn gut geleitet worden. Sein Ausscheiden sei lebhaft zu bedauern und werde ein großer finanzieller Schaden für das Land sein. Heil habe gebührend aufrichtiger Dank für all das, was er für Baden getan hat.

Da auf das Schlusswort verzichtet wird, schreitet das Haus zur

Abstimmung.

Die Ausschlußbeschlüsse werden jeweils mit großer Mehrheit angenommen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller, der Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt (Heiterkeit).

Nächste Sitzung, Freitag vorm. 9 Uhr.

Schluss gegen 20 1/2 Uhr.

63. Sitzung.

D. J. Karlsruhe, 25. Sept. 1931.

Präsident Duffner eröffnet 10 Uhr die Sitzung. Das Haus tritt in die Beratung der

Sparvorschläge für das Ministerium des Innern

ein und nimmt zunächst die eingehenden Berichte der Abg. Rufbaum (Sozdem.), Heil (Sozdem.) und Schill entgegen.

Der Ausschuss hat der Entscheidung des Staatsministeriums im wesentlichen zugestimmt. Die Frage der Verwaltungsreform soll zurückgestellt, die Angliederung der Bezirksärzte und Bezirksstierärzte an die Bezirksämter geprüft werden, während sie bezüglich der Kreisämter abgelehnt wird. Aber die Frage der Zusammenlegung von Handels- und Handwerkskammern soll das Staatsministerium nach Rücksprache mit den Kammern in eine nochmalige Prüfung eintreten. Unter allen Umständen soll aber darauf gesehen werden, daß die Handels- und Handwerkskammern ihre persönlichen Ausgaben senken. In der Bezirksverwaltung sollen die gehobenen mittleren Beamten verringert werden, da die einfachen mittleren Beamten denselben Dienst verrichten können und auch bereits verrichten. Auch die Unterdriftsbezugnisse soll den einfachen mittleren Beamten erteilt werden. Zu Lasten der Kriminalpolizei will man die Einsparung von 40 Stellen versuchen. Einsparungen an Sachbedarf dürfen nur insoweit vorgenommen werden, als die Erhaltung der Schlagkraft der Polizei nicht in Frage gestellt ist.

Der Berichterstatter, Abg. Rufbaum, stellt bezüglich der Heil- und Pflegeanstalten fest, daß hier das Spargutachten der tatsächlichen Lage nicht gerecht wird. Man müsse von den örtlichen Verhältnissen ausgehen. Eine zu starke Durchdringung des Krankenstandes habe zu unterbleiben. Die Vorkosten sollen sich wirtschaftlich selbst erhalten. Von dem Grundfah der Heilanstaltung dürfe man nicht abgehen. Darum sei von dem Abbau des Pflegepersonals dringend abzuraten.

Der Berichterstatter, Abg. Rufbaum, behandelt noch die Kapitel Gewerbe und Handel (der Staatsbeitrag zu den Handwerkskammern in Höhe von 10 000 RM. soll gestrichen werden), ferner Eisenwesen und Stat. Landesamt, worauf Abg. Heil (Sozdem.) über Abschnitt III berichtet. Das Landesversicherungsamt für Baden soll erhalten bleiben, ebenso die vier Oberverwaltungsämter. Zu erstreben sei die Herausnahme der Gebäudefürsorgeanstalt aus dem Staatshaushalt und deren Umgestaltung zu einem Selbstverwaltungskörper. Der Berichterstatter unterbreitet weiter die vom Ausschuss vorgeschlagenen Richtlinien für die Geschäftsvereinfachung in der Staatsverwaltung. Für alle Behörden und Stellen sei eine Geschäftsordnung zur Regelung der äußeren Formen des Dienstbetriebes zu erlassen.

Schließlich erteilt Abg. Schill (Zentr.) Bericht über den Abschnitt Landwirtschaft.

Die Stelle des Justizinspektors in Radolfzell soll wieder besetzt, eine Überpannung der Privatpraxis der Bezirksstierärzte von der Staatsaufsichtsbehörde bekämpft werden. Es sei zu prüfen, ob die Übertragung neuer Aufgaben vom Staat an die Landwirtschaftskammer ohne finanzielle Mehrbelastung möglich ist. Die Prüfung soll sich ferner darauf beziehen, wie die gesamte Landwirtschaftsförderung vereinfacht und vergrößert, und ob durch Schaffung von einigen gehobenen Stellen mit Aufsichtsbefugnissen eine Entlastung der Staatsaufsichtsbehörde angesetzt sowie die Abteilung für Landwirtschaft im Ministerium mit Sachreferenten besetzt werden kann.

In der

Aussprache

erhält zunächst das Wort der kommunistische Abgeordnete Klausmann, zugleich zur Begründung sehr weitgehender Streichungsanträge seiner Partei. Die Kommunisten wollen u. a. die Einrichtung der Landeskommissare und den Verwaltungsgerichtshof aufheben, sowie die gesamten Polizeiausgaben streichen.

Abg. Dr. Hoffmann vertritt den Standpunkt des Zentrums. Im Reichstag hätten die Nationalsozialisten praktisch nichts getan, um zu sparen. Sie sollten den Vorkauf, daß die Sparmaßnahmen zu spät kämen, nicht erheben. Das Zentrum habe immer die Sparsamkeit in den Vordergrund geschoben. Es sei abwegig, zu behaupten, daß das parlamentarische System verfaßt habe. In der Selbstbeschränkung des Parlaments in dieser Notzeit liege eine Tugend, keine Unfähigkeit. Auch hinsichtlich des Ministeriums des Innern sei im Spargutachten der Einfluß gewisser Tendenzen nicht zu verkennen, die den Eindruck der Neutralität in Zweifel stellen. Der Redner gibt eine Reihe von Anregungen zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes. Die Amtsförderungsfunktion habe bei uns keine Gegenliebe. Die Kreise hätten in Baden eine sehr gute Tradition. Dabei ließe der Schaffung leistungsfähiger Kreisverbände durchaus nichts im Wege. Die Vorzüge des Verwaltungsgerichtshofes sollen nicht tangiert werden. Seine Entscheidungen sollten aber schneller kommen, kürzer und die Begründung für das Volk verständlicher sein. Auf dem Gebiete der Handels- und Handwerkskammern ist der Redner der Auffassung: Auch hier keine Zentralisation. Es könnten aber noch Sparmaßnahmen innerhalb der Kammern durchgeführt werden. Der Abbau von Bezirksämtern habe vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus eine sehr geringe Ersparnis gebracht und andererseits im Volke große Erbitterung hervorgerufen. Die Aufhebung des Bezirksamts Pfalldorf wäre ein schlimmer Fehler. Die Sparvorschläge der Regierung und die Richtlinien des Ausschusses finden die Zustimmung der Zentrumstraktion.

Vor Schluss der Sitzung erhebt Abg. Dr. Schmittbrenner (D. Natl.) auf Grund des § 54 der Geschäftsordnung Widerspruch gegen die Fortsetzung der Tagesordnung. Statt dessen solle der Finanzminister den Landtag über den Inhalt der kommenden Notverordnung unterrichten.

Abg. Bod (Komm. P.) unterstützt diesen Antrag, dem der Abg. Dr. Fähr (Zentr.) widerspricht, da man ohnehin heute nachmittags Gelegenheit haben werde, den Finanzminister zu hören.

Der Antrag wird mit allen gegen 13 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Nächste Sitzung nachm. 1/2 Uhr. — Schluss 1/2 Uhr.

Aus der badischen Industrie

Um die Weiterführung der Schufabrik S. Weil & Söhne, Nastatt. Unter sehr starker Beteiligung fand Donnerstag nachmittags in Karlsruhe eine ausgedehnte Gläubigerversammlung über das weitere Schicksal der Firma S. Weil & Söhne, Nastatt, statt. Der größte Teil der erschienenen Gläubiger setzte sich nachdrücklich dafür ein, daß der Betrieb, der augenblicklich noch rund 280 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, auch in Zukunft in irgendeiner Form weitergeführt werden müsse, selbst, wenn größere Opfer gebracht werden müßten. Der Vorsitzende des Gläubigerausschusses, Dr. Seeling, teilte mit, es sei kaum anzunehmen, daß im günstigsten Falle eine höhere Quote als 30 Prozent für die Gläubiger zu erwarten ist. Ein Vorschlag geht dahin, den Erlös der Liquidationsmasse zur Gründung einer neuen Aktiengesellschaft zu verwenden. Dagegen wendet sich allerdings eine starke Opposition unter Führung der Refabrik Hirschberg, die unter allen Umständen einen Konkurs des Unternehmens herbeizuführen sucht. Ein entsprechender Antrag wurde zu Protokoll gegeben, daß die Opposition Verwahrung dagegen einlegt, daß Gelder der Masse zur Gründung einer neuen Aktiengesellschaft verwendet werden. Der Vorstand des Gläubigerausschusses sieht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß trotz dieser Opposition alles versucht werden muß, um einen Konkurs abzuwenden. Er wird infolgedessen zunächst mit den Bankgläubigern Fühlung nehmen und versuchen, mit ihnen zu einem auch die Gläubiger befriedigenden Vergleich zu gelangen. Es handelt sich bei den Bankgläubigern in erster Linie um die Schweizerische Volksbank in Biel und das Pforzheimer Bankhaus Juld.

Handel und Viehwirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	25. September		26. September	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam 100 G.	170.03	170.37	169.98	170.32
Kopenhagen 100 Kr.	94.90	95.10	111.87	112.11
Italien 100 L.	21.68	21.72	22.48	22.52
London 1 Pf.	15.25	15.27	17.58	17.62
New-York 1 D.	—	—	—	—
Paris 100 Fr.	16.63	16.67	16.58	16.62
Schweiz 100 Fr.	—	—	82.12	82.28
Wien 100 Schilling	—	—	59.16	59.26
Prag 100 Kr.	—	—	12.475	12.495

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Sept. 1931 hat sich in der dritten Septemberwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 75,7 Millionen auf 4178,9 Mill. RM., derjenige an Rentenbanknoten um 3,7 Millionen auf 408,7 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 56,0 Millionen auf 1672,2 Millionen Reichsmark verringert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 2,8 auf 1374,4 Millionen Reichsmark zugenommen und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 58,8 Millionen auf 297,8 Millionen Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 40,1 Prozent, gegen 40,7 Prozent in der Vorwoche.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 23. September d. J. beträgt der Londoner Feingoldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 99 sh 7 d bzw. für ein Gramm Feingold 38,4201 Pence.

Börsen und Geldmarkt

Die Schließung auch der deutschen Börsen infolge der englischen Finanzkrise war notwendig, um Erschütterungen, die die englischen Vorgänge zweifellos hervorgerufen haben, auszuweichen. Am Mittwoch wurde der Londoner Börsenverkehr wieder aufgenommen, wobei sich ein starker Kurserfolg der englischen Staatspapiere ergab. Die Wiedereröffnung der deutschen Börsen soll nach Klärung der jetzigen Lage erst in der nächsten Woche erfolgen.

Der Geldmarkt war, besonders unter den Einwirkungen der englischen Geldkrise, stark verleert. Der englische Pfundkurs ist starken Schwankungen ausgesetzt. Die Entlastung der deutschen Reichsbank ist weiter stark, dagegen hat das Inkrafttreten des Stillhalteabkommens und eine gewisse Reduktion der Devisenwangswirtschaft zu Devisenverlusten ge-

führt, wenn auch in erträglichen Grenzen. Mit einer Diskontsenkung ist also auf keinen Fall zu rechnen, doppelt nicht nach der englischen Diskontsenkung. Die Reichsbank setzt ihre etwas liberalere Kreditpolitik fort. Reichsbankpräsident Dr. Luther begründet das selbst in einem Artikel mit der Notwendigkeit, die legitimen Kreditbedürfnisse zu befriedigen, weil sonst der Deflationsprozess, der international sei, in Deutschland übertrieben werde. Alle Inflationsvorschläge lehnte Dr. Luther jedoch ab. Er hält eine gesunde und geachtfertige Kreditausdehnung für möglich, sofern sich eine Ausdehnung des Handelsvolumens vollziehe.

Unruhe auf der Berliner Produktenbörse. Am Donnerstag war am Berliner Produktenmarkt eine scharfe Aufwärtsbewegung zu verzeichnen, die zum Teil auf der Spekulationen zurückzuführen ist. Diese Entwicklung muß als sehr bedenklich angesehen werden. Besonders bedrohlich erscheint die Preisentwicklung im Termingeschäft, das mit relativ geringen Mitteln, spekulativ ausgebeutet werden kann. Die Regierung widmet dieser Tatsache der Preissteigerung am Getreidemarkt große Aufmerksamkeit, da ja unter allen Umständen für den Winter eine Brotverknappung verhütet werden muß. Nohwendigenfalls kann eine Suspendierung der Getreidebörsen am Donnerstag im Zeichen einer außerordentlichen Nervosität, die hervorgerufen wurde durch Gerüchte über die Möglichkeit einer Inflation. Diese Gerüchte, die zweifellos nur lanciert wurden, um den Markt stark zu beunruhigen, entbehren — wie nämlich erklärt wird — jeglicher Begründung. Frühere Erklärungen der Reichsregierung und der Reichsbank lassen klar und deutlich erkennen, daß die mit dem Scheitern der deutschen Währung beauftragten Stellen unter keinen Umständen eine erneute Inflation zulassen werden.

Eine Berliner Bankfirma schließt die Schalter. Die Bankfirma S. Schönberger & Co., Berlin und Amsterdam, sind, wie W.B.-Handelsdienst meldet, in Zahlungsschwierigkeiten geraten und mußten heute, Freitag, ihre Schalter schließen. Als Ursachen werden die allgemeine Wirtschaftskrise, die Verschlechterung der englischen Währung und die damit verbundenen Verluste angegeben.

Reichsmarktfakturierung der deutschen Uhrenindustrie. Der Wirtschaftsverband der deutschen Uhrenindustrie hat heute in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, angesichts der Verschlechterung und der Schwankungen des englischen Fundurfes Verkäufe nach England nur noch in Reichsmarktwährung auszuführen.

Weitere Diskontsenkung in Schweden. Die Schwedische Reichsbank hat mit Wirkung vom 25. September den Diskontsatz, der erst am 21. d. M. um 1½ Prozent heraufgesetzt worden war, um ein weiteres Prozent, auf 6 Prozent erhöht.

New-Yorker Diskont unverändert. Die New-Yorker Bundesreservebank ließ am Donnerstag ihren Diskontsatz unverändert mit 1½ Prozent. Dieser Satz ist seit 7. Mai dieses Jahres in Geltung.

Der Viratus. Den römischen Zeitungen zufolge, habe die italienische Regierung ihre diplomatischen Vertreter im Ausland angewiesen, den Regierungen die Versicherung zu geben, daß der im Jahre 1927 stabilisierte Viratus keine Änderung erfahren werde.

Argentinien basiert seine Währung auf Dollar. Die Banken haben, wie aus Buenos Aires berichtet wird, auf Aufforderung der Argentinischen Nationalbank beschloßen, provisorisch den Dollar als Währungsgrundlage anzunehmen. 180 argentinische Goldpesos sollen 100 Dollars entsprechen.

Börsen und Banken in Kalkutta wieder in Tätigkeit. Die Fondsbörse und die Banken haben heute ihre Tätigkeit in normalem Umfang wieder aufgenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Reichsminister Dr. Brüning spricht in Karlsruhe. Anlässlich einer Betanftaltung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold werden am kommenden Dienstag Reichsinnenminister Dr. Brüning und der preussische Innenminister Severing in der Festhalle in Karlsruhe sprechen.

Badisches Landestheater. Der Spielplan des Landestheaters wird in den kommenden Wochen stark von den Einstudierungen für die „Badische Woche“ beeinflusst sein. Zwei badische Dichter kommen zu Wort: Hermann Burte mit „Simson“, mit der Musik von Franz Philipp, die der Komponist selbst dirigiert, und Emil Götts mit „Gehwid“. Zur Eröffnung der Badischen Woche erfolgt die Uraufführung der Operette von Johann Strauß „Die Prinzessin auf dem See“ — für den Text eine Uraufführung, da er zu einer neuen Handlung geschrieben ist. An der Musik ist nichts verändert. Eine besondere Note erhält die Wiedererweckung dieser liebenswürdigen Strauß-Operette dadurch, daß der bekannte Intendant Dr. Carl Hagemann sie inszenieren wird. Dr. Hagemann wird am Sonntag vorher (4. Oktober) außerdem in einer Morgenfeier sprechen, die Johann Strauß gewidmet ist und in der in Musik und Tanz einige kleinere Stücke des Meisters zur Vorführung kommen. In der Oper wird neben „Lohengrin“, der am 4. Oktober gegeben wird, auch „Don Giovanni“ von Mozart in den Spielplan aufgenommen. Dann folgt geschlossen Wagners „Der Ring des Nibelungen“, beginnend am 24. Oktober, endigend am 1. November. Anschließend daran die deutsche Uraufführung der Oper „Die Maste“ von Hubay, der sich die Neueinstudierung von „Lolca“, „Waldschütz“, „Gänse und Grotel“ anreihen werden. Das Schauspiel wird alsbald Bruno Frank's neuestes Lustspiel „Kina“ bringen, im klassischen Spielplan „Heinrich IV.“ von Shakespeare und „Der Prinz

von Somburg“ von Meiß. Auch die Uraufführung von Hans J. Neff'schem neuem Stück „Sprung über sieben“ dürfte bald zu erwarten sein.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Der hohe Druck über England gewinnt noch immer weiter an Mächtigkeit (Ferndruck über 778 Millimeter), während die polnische Zylone, nach Norden vordringend, den baltischen Hochdruckteil zerstört. Wir behalten bis auf weiteres die Zufuhr der polaren Kaltluft. Voraussage für 26. September: Meist wolfig und sehr kühl, vereinzelt auch leichte Regenfälle bei nördlichen Winden. Hochschwergewalt bei leichtem Frost zeitweise Schneefälle. Wasserstände: Waldshut 302 minus 9, Basel 115 minus 5, Schusterinsel 170 minus 10, Rehl 330 minus 5, Magau 499 minus 2, Mannheim 410, unv., Gaub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Kiefer-Prozess vor dem Schöffengericht Offenburg. Wie schon kurz berichtet, findet in Offenburg in nächster Zeit, ein Termin ist noch nicht angesetzt, der Prozess wegen Monopolisinterziehungen im großen Umfang, statt. Er wird die strafrechtliche Liquidation des Kiefer-Standals bringen. 20 Angestellte der Kiefer'schen Unternehmungen in Kork und Achem werden auf der Anklagebank sitzen. Die Hauptschuldigen Kiefer und Levi deckt die Erde. Dem Prozess liegt folgender Tatbestand zugrunde: Kiefer hatte neun Jahre lang für seine Eisfabrik in Kork jährlich zirka 100 000 Liter unvergällten Spirit von der Reichsmonopolverwaltung zum Preise von 70 Pf. pro Liter, angeblich zu Zwecken der Essigbereitung, bezogen. In Wirklichkeit setzte er aber den reinen Alkohol, der sonst 8 M das Liter kostet, zur Bereitung von Trinkbranntwein ab. Die Arbeiter und Angestellten haben auf Gehalt von Kiefer und seines Direktors Beck, der durch Selbstmord endete, bei den umfangreichen Spritschiebungen, bei denen das Reich um Millionenbeträge geschädigt worden ist, mitgewirkt.

D. Heidelberg, 25. Sept. Die Vergungsarbeiten am Stauwehr Wieblingen, wo die letzten Trümmer der durch das Mal-Hochwasser zerstörten Badeanlagen und Bootshäuser aus dem Wasser gezogen wurden, sind jetzt soweit fertig, daß sie noch in dieser Woche beendet werden können. Die Gesamtkosten der Aufräumungsarbeiten an der Friedrichsbrücke und am Wieblinger Wehr dürften ungefähr 30 000 RM betragen. Man weiß zur Zeit noch nicht, wer die eigentlich zu zahlen hat. Ausgeführt wurden die Arbeiten vorläufig vom Restarbaunamt.

D. Kork, Amt Rehl, 24. Sept. Einer der größten Bauernhöfe der Gemeinde Kork, der Waltermeyer-Hof, dessen Steuerwert 13 000 RM beträgt, sollte versteigert werden. Es wurde nur ein einziges Gebot abgegeben. Dieses betrug 8000 RM. der Zuschlag wurde nicht erteilt.



Aus unserer KONDITOREI

die in technischer und hygienischer Beziehung ein Musterbetrieb ist, empfehlen wir:

- Schokoladetorte
- Mokkatorte
- Trüffeltorte
- Haselnußtorte
- Ananastorte
- Fächertorte
- Punschtorte
- Prinzregententorte
- Butterkremtorte
- Merinkentorte
- Bisquitortorte
- Sandtorte
- Linzertorte

- Apfelkuchen mit Blätterteigdecke
- Apfelkuchen mit Guß
- Traubenkuchen mit Schaummasse
- Traubenkuchen mit Gelee
- Käsekuchen
- Bienenstich
- Gesundheitskuchen
- Streuselkuchen
- Teekuchen
- Sandring
- Gefüllte Kränze
- Hefebrezeln in verschiedenen Größen

- Mohrenköpfe
- Schillerlocken
- Apfelsachen
- Apfelschnitten
- Schokoladeschnitten
- Orangenschnitten
- Kirschschnitten

Außerdem

Törtchen

in den verschiedensten Geschmacksrichtungen!

- Gefüllte Hörnchen
- Schneckenmüde
- Mürbes Gebäck
- Vanille- und Anisbrötchen
- Versch. Kleingebäck
- Zwieback

Ausgezeichnete Qualität! Außerst preiswert! Vorteilhaft im Gewicht!

Warenausgabe nur an Mitglieder!

LEBENSBEDÜRFNISVEREIN

Für wenig Geld Schönheit u. Behaglichkeit im Heim!

Unsere Herbst-Neuheiten verhelfen Ihnen dazu!

Dreyfuss & Siegel

3.426

Das führende Spezialhaus - Kaiserstraße 197

Teppiche

Möbelstoffe

Gardinen

Druck G. Braun, Karlsruhe

Massagen Frida Dörr

Lammstr. 15. Teleph. 6841

Herr gesucht

zum Verkauf von Zigarren an Witze u. Private. R.428 S. Zärgen & Co., Hamburg 22.

Durch Beschluß der Gesellschaft der S. Fuchs Söhne Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Karlsruhe vom 7. 8. 1931 ist das Stammkapital der Gesellschaft um 300 000,- RM herabgesetzt worden. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden. R.398 Karlsruhe, 9. Sept. 1931.

S. Fuchs Söhne Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Philipp Fuchs. Dr. Fuchs.

R.637. Bruchsal. Ueber das Vermögen der Firma Anna Schmalz, Robelwaren, Inhaberin Anna Schmalz Witwe geb. Ellenbogen in Bruchsal wurde am 24. September 1931, nachm. 12½ Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Wanddirektor a. D. August Stark in Bruchsal wurde zur Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf: Freitag, den 23. Oktober 1931, vorm. 9 Uhr, vor das Amts-

FORMULARE

u. sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. BRAUN GMBH.

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14 u. 18, Tel. 952-54



Badisches Landestheater

Sams. den 26. Sept. 1931

*E. 2. Th. Sem. I. S. G.

Im weißen Rössl

Singspiel v. Ralph Benatzky

Dirigent: Schwarz

Regie: Fürstenau

Mitwirkende:

Manf. Genter, Janf. Seibert, Seiting, Müllig, Brand, Ernst, Gemmede, J. Gröninger, Höder, Hofpach, Kainbach, Kneble, Luther, Wehner, P. Müller, Präter, Frohmann, Höler, Jung, Kilian, Kleinbus, Kuhl, Lindemann, Meyer, S. Müller, Nagel, Sonntag

Anfang 20 Ende 23 Preise C (0,90-4,90 RM)

So. 27. 9. Unter Leitung des Komponisten: Die Frau ohne Schatten. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Frauen haben das gern.

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER